

Vorlage

**Landtag
Nordrhein-Westfalen
13. Wahlperiode**

Vorlage 13/1931

A06 + A01

an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003)

Drucksachen 13/2800, 13/3150, 13/3250

Einzelplan 11 - Geschäftsbereich des ehemaligen Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge

Berichterstatter Abg. Bodo Champignon SPD

Beschlussempfehlung

Der Einzelplan 11, bezogen auf den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses, wird mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge hat den Einzelplan 11, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses: Kapitel 11 020, 11 021, 11 050 (nur TG 90), 11 070, 11 080, 11 130, 11 230, 11 240, 11 250, 11 430 und 11 900, in seinen Sitzungen am 25. September, am 13. November und am 27. November 2002 beraten.

B Ergebnis der Einzelberatung

Hinsichtlich der Begründung und des Abstimmungsergebnisses zu den von den Fraktionen vorgelegten Änderungsanträgen wird auf die in der Anlage enthaltenen schriftlichen Darstellungen verwiesen.

C Gesamtabstimmung

Bei der abschließenden Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 11, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses, unter Einbeziehung der angenommenen Änderungsanträge mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Bodo Champignon
Vorsitzender

Anlage

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 11
im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
zum Haushaltsgesetz 2003**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1931

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis																
1	FDP	<p>Kapitel 11 050 Kinder-, Jugend, Familien- und Altenhilfe Titelgruppe 90 Landesaltenplan - Altenhilfe und Seniorenpolitik - Titel 684 90 Zuschüsse an freie Träger</p> <p style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2002</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td>von</td> <td>31.047.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>2.560.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>33.607.900 Euro</td> </tr> <tr> <td></td> <td>35.675.100 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung: Der zunehmende Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung verlangt ein Bündeln von Maßnahmen, das zum möglichst langen Erhalt noch vorhandener gesundheitlicher und sozialer Ressourcen beiträgt. Ein Herunterfahren der Hilfen würde das Risiko und damit die Kosten einer vorzeitigen Pflegebedürftigkeit erhöhen.</p>	von	31.047.900 Euro	um	2.560.000 Euro	auf	33.607.900 Euro		35.675.100 Euro	<p>abgelehnt</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	FDP	ja	GRÜNE	nein
von	31.047.900 Euro																		
um	2.560.000 Euro																		
auf	33.607.900 Euro																		
	35.675.100 Euro																		
SPD	nein																		
CDU	ja																		
FDP	ja																		
GRÜNE	nein																		

Anlage zu Vorlage 13/1931

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 11 050 Kinder-, Jugend-, Familien- und Altenhilfe Titelgruppe 90 Landesaltenplan - Altenhilfe und Seniorenpolitik - Titel 684 90 Zuschüsse an freie Träger</p> <p><u>Erhöhung der Barmittel:</u> von 31.047.900 Euro um 900.000 Euro auf 31.947.900 Euro</p> <p><u>Änderungen der Erläuterungen:</u> Von den zusätzlichen Barmitteln werden 500.000 EURO in den UT 1 „Weiterentwicklung der komplementären ambulanten Dienste“ und 400.000 EURO in den UT 2 „Bürgerschaftliches Engagement, nachberufliche Beschäftigung älterer Menschen“ eingestellt.</p> <p>Begründung: Mit dem für den UT 1 vorgesehenen Betrag von zusätzlich 500.000 EURO sollen durch Modellprojekte Fachlichkeit, Qualität, Kooperationsbeziehungen sowie neue Angebots- und Hilfeformen der komplementären ambulanten Dienste (u.a. hauswirtschaftliche Hilfen, Beratungsdienste zur Wohnraumanpassung, Hausbetreuungsdienste, Hausnotrufdienste und andere ergänzende ambulante Hilfen für Pflegebedürftige) gem. § 10 Abs. 3 PfG NW weiterentwickelt werden.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja FDP ja GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/1931

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 2		Mit dem für den UT 2 vorgesehenen Betrag von zusätzlich 400.000 EURO sollen insbesondere die Seniorenkulturarbeit, die Förderung von Seniorenforen sowie Netzwerkstrukturen zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements unterstützt werden.	

Anlage zu Vorlage 13/1931

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	CDU	<p>Kapitel 11 050 Titelgruppe 90 Kinder-, Jugend-, Familien- und Altenhilfe Landesaltenplan - Altenhilfe und Seniorenpolitik -</p> <p>Titel 686 90 Zuschüsse an die Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V., Dortmund</p> <p>Ansatz lt. HH 2002</p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <p>von 350.200 Euro um 350.200 Euro auf 0 Euro</p> <p>350.200 Euro</p> <p>Begründung: Die regelmäßige jährliche Förderung einzelner Institute ist angesichts der gegenwärtigen Haushaltslage nicht länger hinnehmbar.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD CDU FDP GRÜNE</p> <p>nein ja ja nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/1931

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis														
4	FDP	<p>Kapitel 11 070 Krankenhausförderung Titelgruppe 62 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke der Krankenhäuser</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table border="0" data-bbox="794 629 901 1727"> <tr> <td style="padding-right: 20px;">von</td> <td>8.277.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>2.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>10.277.000 Euro</td> </tr> </table> <p>Ansatz lt. HH 2002</p> <p>Begründung: Sowohl der laufenden Betrieb als auch evtl. auftretende Krisensituationen verlangen die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel</p>	von	8.277.000 Euro	um	2.000.000 Euro	auf	10.277.000 Euro	<p>abgelehnt</p> <table border="0" data-bbox="555 309 687 609"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	FDP	ja	GRÜNE	nein
von	8.277.000 Euro																
um	2.000.000 Euro																
auf	10.277.000 Euro																
SPD	nein																
CDU	ja																
FDP	ja																
GRÜNE	nein																

Anlage zu Vorlage 13/1931

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	FDP	<p>Kapitel 11 080 Titel 671 10</p> <p>Maßnahmen für das Gesundheitswesen Anteilige Erstattung der Personalausgaben für das medizinisch-therapeutische Personal von Schulen für Körperbehinderte an die Landschaftsverbände</p> <p>Ansatz lt. HH 2002</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von 0 Euro um 8.500.000 Euro auf 8.500.000 Euro</p> <p>8.500.000Euro</p> <p>Begründung: Behinderte Kinder und Jugendliche benötigen über die kognitive Förderung hinaus physiotherapeutische Maßnahmen. Eine Einstellung der Landesmittel bei den Personalausgaben würde eine Gefährdung des Umfangs und der Qualität dieser Maßnahmen bedeuten.</p>	<p>zusammen mit 6 abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/1931

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	CDU	<p>Kapitel 11 080 Titel 671 10 Maßnahmen für das Gesundheitswesen Anteilige Erstattung der Personalausgaben für das medizinisch-therapeutische Personal von Schulen für Körperbehinderte an die Landschaftsverbände</p> <p style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2002</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von 0 Euro um 8.500.000 Euro auf 8.500.000 Euro</p> <p>Begründung: Die von der Landesregierung vorgesehene Einstellung der Förderung zum 31.12.2002 gefährdet eine wichtige Arbeit für und mit körperbehinderten Kindern und Jugendlichen in unserem Lande. Diese Streichung muss rückgängig gemacht werden. Die Landschaftsverbände können die Aufgabe nicht alleine übernehmen.</p>	<p>zusammen mit 5 abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/1931

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 11 080 Maßnahmen für das Gesundheitswesen Titelgruppe 64 Bekämpfung erworbener Immunschwäche (AIDS) Titel 684 64 Zuschüsse an freie Träger</p> <p><u>Erhöhung der Barmittel:</u> von 2.550.600 Euro um 210.400 Euro auf 2.761.000 Euro</p> <p>Titel 686 64 Zielgruppenspezifische AIDS-Prävention, Beratung, Betreuung und Pflege</p> <p><u>Erhöhung der Barmittel:</u> von 320.000 Euro um 370.000 Euro auf 690.000 Euro</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja FDP ja GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 7		<p><u>Begründung:</u> Vor dem Hintergrund steigender Infektionszahlen haben Präventionsmaßnahmen im Bereich AIDS-Bekämpfung besondere Bedeutung. Deshalb müssen die erforderlichen Mittel für die Stiftung "Humanitäre Hilfen für HIV-infizierte" zusätzlich eingestell werden und dürfen nicht zu Lasten anderer Maßnahmen im AIDS-Bereich finanziert werden.</p> <p>Die zusätzlichen Haushaltsmittel für den Titel 684 64 in Höhe von 210.400 Euro dienen der Umsetzung des AIDS-Landesprogramms im bisherigen Umfang. Finanziert werden sollen insbesondere die Mobile psychosoziale Betreuung und aufsuchende Betreuung (Streetwork). Zudem sollen Maßnahmen zur Stärkung der bestehenden AIDS-Präventions- und Hilfestrukturen unterstützt werden.</p> <p>Für den Bereich der Zielgruppenspezifischen AIDS-Prävention, Beratung, Betreuung und Pflege werden unter dem Titel 686 64 zusätzlich 370.000 EURO bereitgestellt. Hieraus sollen Maßnahmen mit den Schwerpunkten</p> <ul style="list-style-type: none"> - AIDS-Prävention für schwule und nicht schwule Jugendliche, - Frauenspezifische selbsthilfeeorientierte AIDS-Präventionsprojekte, - Selbsthilfeeorientierte AIDS-Präventionsprojekte für schwule Männer, - Projekte zur Verbesserung der Hilfen für Menschen mit HIV und AIDS <p>durchgeführt werden.</p>	

Anlage zu Vorlage 13/1931

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	FDP	<p>Kapitel 11 080 Maßnahmen für das Gesundheitswesen Titelgruppe 71 Bekämpfung der Suchtgefahren</p> <p style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2002</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p style="margin-left: 40px;">von 15.059.400 Euro um 4.096.500 Euro auf 19.155.900 Euro</p> <p>Begründung: Mittelkürzungen im Bereich der Bekämpfung der Suchtgefahren sind bei der nach wie vor erschreckend hohen Anzahl von Drogentoten in NRW nicht zu akzeptieren. Das Ausmaß der durch die Suchtkrankheiten bedingten volkswirtschaftlichen Schäden übertrifft bei weitem die Höhe der zur Vorbeugung und Bekämpfung erforderlichen Mittel. Speziell für die Drogenberatung in den Justizvollzugsanstalten sind 600.000 € in den Haushalt einzustellen, da die Landesregierung hierfür keinen Betrag vorgesehen hat. Eine Einschränkung der bisherigen Drogenberatung in den Justizvollzugsanstalten ist nicht zu verantworten.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
9	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 11 080 Titelgruppe 71 Titel 684 71.</p> <p>Maßnahmen für das Gesundheitswesen Bekämpfung der Suchtgefahren Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen</p> <p><u>Erhöhung der Barmittel:</u> von 11.209.700 Euro um 2.135.500 Euro auf 13.345.200 Euro</p> <p><u>Änderung der Erläuterungen zu IG 71:</u> Die zusätzlichen Barmittel werden in den UT 2 eingestellt.</p> <p>Begründung: Mit den zusätzlich eingestellten Mitteln sollen wie im Jahre 2002 auch in 2003 die 33 bei Sucht- und Drogenberatungsstellen beschäftigten Fachkräfte zur Betreuung drogenkranker Gefangener in Justizvollzugsanstalten gefördert werden. Ihre Tätigkeit stellt eine Verbindung zum externen differenzierten Drogenhilfesystem dar und ist bei der Umsetzung der Leitidee "Therapie statt Strafe" von zentraler Bedeutung.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja FDP ja GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/1931

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 9		<p>Darüber hinaus sollen u.a. die Weiterentwicklung der Soforthilfe für Drogenabhängige entsprechend der Ergebnisse aus dem Modellprojekt "Therapie Sofort" unter Beibehaltung der Standards und des quantitativen Niveaus, die Einrichtung einer Landesfachstelle für Essstörungen einschließlich der Weiterförderung der Schwerpunktberatungsstelle Anna Conda, Maßnahmen zur Stärkung der Suchtselbsthilfestrukturen (u.a. die Förderung der JES-Selbsthilfekontaktläden) sowie die Weiterförderung der internationalen Koordinations- und Kontaktstelle für Auslandsreisen von SubstitutionspatientInnen gewährleistet werden.</p>	

Anlage zu Vorlage 13/1931

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis						
10	FDP	<p>Kapitel 11 080 Titel 684 81</p> <p>Maßnahmen für das Gesundheitswesen Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>Ansatz lt. HH 2002</p> <table data-bbox="790 996 885 1702"> <tr> <td>von</td> <td>2.994.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>677.800 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>3.672.500 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung: In den Erläuterungen zu Titelgruppe 81 wird Punkt 6 neu: der Betrag von 677.800 € ist für die ambulante Hospizarbeit in den Haushalt einzustellen. Damit ist eine Besserstellung der Hospizarbeit gesichert, da auch die Krankenkassen einen Beitrag leisten müssen, während dem Land im Vergleich zum Vorjahr keine Mehrbelastung entsteht. Punkt 6 wird Punkt 7.</p>	von	2.994.700 Euro	um	677.800 Euro	auf	3.672.500 Euro	<p>abgelehnt</p> <p>SPD CDU FDP GRÜNE</p> <p>nein ja ja nein</p>
von	2.994.700 Euro								
um	677.800 Euro								
auf	3.672.500 Euro								

Anlage zu Vorlage 13/1931.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
11	FDP	<p>Kapitel 11 080 Maßnahmen für das Gesundheitswesen</p> <p>Titel 893 83 Zuschüsse für Investitionen an Sonstige Ansatz lt. HH 2002</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von 350.000 Euro um 87.200 Euro auf 437.200 Euro</p> <p>Begründung: Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ gilt auch für die Psychiatrie. Sowohl aus inhaltlich-fachlichen Erwägungen wie aus Gründen der finanziellen Effizienz sollten die ambulanten und komplementären Dienste eher ausgebaut als gekürzt werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
12	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 11 080 Titelgruppe 83</p> <p>Maßnahmen für das Gesundheitswesen Zuweisungen und Zuschüsse zur Verbesserung der Versorgung im ambulanten und komplementären psychiatrischen Bereich und zum Ausbau des außerstationären psychiatrischen Bereichs</p> <p>Titel 893 83 Zuschüsse für Investitionen an Sonstige</p> <p><u>Erhöhung der Barmittel:</u> von 350.000 Euro um 70.000 Euro auf 420.000 Euro</p> <p>Begründung: Gefördert werden Projekte zur Weiterentwicklung der Gemeindepsychiatrie. Mit den Mitteln sollen Hilfen und Einrichtungen im ambulanten und komplementären psychiatrischen Bereich unterstützt werden, damit das außerstationäre Versorgungsangebot im Rahmen der Gemeindepsychiatrie weiter entwickelt werden kann.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja FDP ja GRÜNE ja</p>

Finanzministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage an den Haushalts- und
Finanzausschuss des Landtags
Anlage zu den Vorlagen 13/1931
13/1932
13/1933

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2003

Einzelplan 11: Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit

Anlage: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf EURO	mehr/weniger EURO	neuer Ansatz EURO
11 030	Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann			
TG 61	Beratungseinrichtungen für Frauen und Schutz vor Gewalt gegen Frauen (Haushaltsvermerke unverändert)			
684 61	<p>Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen</p> <p>Anpassung der Erläuterungen zu Titel 684 61:</p> <p>UT 2 ...Zufluchtstätten und sonstige innovative Projekte für sexuell missbrauchte Kinder und Jugendliche. bisher: -- neu: 306.800</p> <p>UT 3 ...Fraueninitiativen, die gegen sexualisierte Gewalt an Mädchen und Frauen tätig sind. bisher: -- neu: 1.475.200</p> <p>UT 7: ... Maßnahmen zum Thema „Gewalt gegen Frauen und sexueller Missbrauch an Kindern“ sowie „Sexualaufklärung und Prävention“. bisher: 998.700 neu: 1.198.700</p> <p>UT 8 :Umsetzung des Landesaktionsplans, des PolizeiG und des GewaltschutzG bisher: -- neu: 362.900</p> <p><u>Zu UT 2:</u> Veranschlagt für die Förderung von Zufluchtstätten für sexuell missbrauchte Mädchen.</p> <p><u>Zu UT 3:</u> Veranschlagt für die Förderung von autonomen Fraueninitiativen, die Mädchen und Frauen Hilfen nach sexualisierter Gewalt anbieten, aber auch zur Realisierung des Ziels, eine flächendeckende Angebotsstruktur vorzuhalten.</p> <p><u>Zu UT 8:</u> Veranschlagt für die im Rahmen des Landesaktionsplans, der Veränderungen des Polizeischutzgesetzes NW und des Gewaltschutzgesetzes des Bundes anfallenden Aufgaben.</p>	13.606.900	+2.344.900	15.951.800

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf EURO	mehr/weniger EURO	neuer Ansatz/ EURO
11 030	Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann			
TG 63	Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Gesellschaft (Haushaltsvermerke unverändert)			
684 63	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen Anpassung der Erläuterungen zu Titel 684 63: UT 1 Zuschüsse zu Projekten zur Unterstützung von ausstiegswilligen Prostituierten bisher: -- neu: 245.400 <u>Zu UT 1:</u> Veranschlagt für die Förderung von Maßnahmen zur Unterstützung von Prostituierten, die den Ausstieg aus dieser Tätigkeit suchen.	894.900	+245.400	1.140.300

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf EURO	mehr/weniger EURO	neuer Ansatz EURO
11 050	Kinder-, Jugend, Familien- und Altenhilfe			
TG 60	Förderung der Familienhilfe und Kinderhilfe (Haushaltsvermerke unverändert)			
633 60	Zuweisungen an öffentliche Träger	1.659.000	+5.020.000	6.679.000
	Anpassung der Erläuterungen zu TG 60:			
	UT 1			
	Erziehungs-, Ehe-, und Lebensberatungsstellen....			
	Titel 633 60 bisher: -- neu: 5.020.000			
TG 61	Landesjugendplan (Haushaltsvermerke unverändert)			
684 61	Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe	73.707.800	+3.106.000	76.813.800
	Anpassung der Erläuterungen zu TG 61:			
	UT 28 (neu):			
	Kinder- und Jugendberholung:			
	Titel 684 61 bisher: -- neu: 3.106.000			
	Der bisherige UT 28 wird UT 29.			

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf EURO	mehr/weniger EURO	neuer Ansatz EURO
11 050	Kinder-, Jugend, Familien- und Altenhilfe			
TG 64	Förderung von Einrichtungen der Familienbildung nach den Vorschriften des Weiterbildungsgesetzes (Haushaltsvermerke unverändert)			
633 64	Zuweisungen an Gemeinden	368.600	+20.100	388.700
684 64	Zuschüsse an freie Träger	15.819.000	+879.900	16.698.900
TG 86	Förderung der familienbezogenen Selbsthilfe und der Aufgaben der überörtlichen Organisationen der Familien- und Kinderhilfe (Haushaltsvermerke unverändert)			
684 86	Zuschüsse an freie Träger	696.400	+100.000	796.400
	Anpassung der Erläuterungen zu TG 86:			
	UT 1: Organisationen der Familien- und Kinderhilfe: bisher: 330.000 neu : 396.400			
	UT 2: Organisationen der familienbezogenen Selbsthilfe: bisher: 366.400 neu : 400.000			
TG 87	Gleichgeschlechtliche Lebensformen (Haushaltsvermerke unverändert)			
684 87	Zuschüsse an freie Träger	719.000	+80.000	799.000
	Anpassung der Erläuterungen zu TG 87:			
	UT 1: Förderung der Schwulen- und Lesbenarbeit: bisher: 639.000 neu : 719.000			

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf EURO	mehr/weniger EURO	neuer Ansatz EURO
11 050	Kinder-, Jugend, Familien- und Altenhilfe			
TG 90	Landesaltenplan – Altenhilfe und Seniorenpolitik (Haushaltsvermerke unverändert)			
684 90	Zuschüsse an freie Träger	31.047.900	+900.000	31.947.900
	Anpassung der Erläuterungen zu Titel 684 90:			
	UT 1:			
	Weiterentwicklung der komplementären ambulanten Dienste:			
	bisher: 521.400 neu: 1.021.400			
	UT 2:			
	Bürgerschaftliches Engagement, nachberufliche Beschäftigung älterer Menschen:			
	bisher: 3.467.700 neu: 3.867.700			

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf EURO	mehr/weniger EURO	neuer Ansatz EURO
11 080	Maßnahmen für das Gesundheitswesen			
TG 64	Bekämpfung erworbener Immunschwäche (AIDS) (Haushaltsvermerke unverändert)			
684 64	Zuschüsse an freie Träger	2.550.600	+210.400	2.761.000
686 64	Zielgruppenspezifische AIDS – Prävention, Beratung, Betreuung und Pflege	320.000	+370.000	690.000
TG 71	Bekämpfung der Suchtgefahren (Haushaltsvermerke unverändert)			
684 71	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen Anpassung der Erläuterung zu TG 71: UT 2: Hilfen: bisher: 8.087.700 neu: 10.223.200	11.209.700	+2.135.500	13.345.200

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf EURO	mchr/weniger EURO	neuer Ansatz EURO
11 080	Maßnahmen für das Gesundheitswesen			
TG 83	Zuweisungen und Zuschüsse zur Verbesserung der Versorgung im ambulanten und komplementären psychiatrischen Bereich und zum Ausbau des außerstationären psychiatrischen Bereichs (Haushaltsvermerke unverändert)			
893 83	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	350.000	+70.000	420.000
	Einzelplanabschluss:			
	Einnahmen:	200.540.600	--	200.540.600
	Ausgaben:	1.907.686.500	+15.482.200	1.923.168.700
	Verpflichtungsermächtigungen:	346.924.500	--	346.934.500